

SAMBIA 2021

Im Vorfeld der Wahlen eskalierten die Spannungen zwischen den Parteien; Parteianhänger setzten ihre Gegner extremer Gewalt aus und es kam zu politischen Morden. Die Polizei ging mit scharfer Munition gegen Demonstranten im Vorfeld der Wahlen vor. Ein Polizeibeamter wurde im Zusammenhang mit der Tötung zweier unbewaffneter Demonstranten im Jahr 2020 vor Gericht gestellt, doch viele andere blieben straffrei. Die Behörden setzten Gesetze und staatliche Institutionen als Waffen ein, um die Menschenrechte einzuschränken und Kritiker einzuschüchtern. Medizinische Fachkräfte wurden schikaniert und strafrechtlich verfolgt, weil sie gegen schlechte Arbeitsbedingungen protestierten. Personen mit Albinismus waren gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. Mädchen waren in besonderem Maße von weit verbreiteter geschlechtsspezifischer Gewalt bedroht.

Hintergrund

Die Vereinigte Partei für Nationale Entwicklung (UPND), die wichtigste Oppositionspartei, besiegte die Patriotische Front (PF) bei den Parlamentswahlen am 12. August und beendete damit die zehnjährige Herrschaft der PF.

Nach der integrierten Klassifizierung der Ernährungssicherheitsphase waren im dritten Quartal des Jahres rund 1,18 Millionen Menschen von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen. Im September belief sich die Auslandsverschuldung Sambias auf 12,91 Milliarden US-Dollar. Die Inflation schoss in die Höhe und nach den Wahlen wurde der sambische Kwacha aufgewertet.

Freiheit der Meinungsäußerung

Politische Gegner

Die Behörden gingen weiterhin hart gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung vor und unterdrückten die Menschenrechte von vermeintlichen politischen Gegnern. Im April forderten Anhänger der PF öffentlich die Verhaftung von Sishuwa Sishuwa, einem Akademiker der Universität Sambia, wegen Aufwiegelung. Die Aufrufe erfolgten, nachdem er in der Online-Zeitung News Diggers einen Artikel über die Möglichkeit öffentlicher Unruhen während der Wahlen im August veröffentlicht hatte. Später im selben Monat gab die Universität fälschlicherweise bekannt, dass er nicht zu ihren Mitarbeitern gehöre.

Der Staat griff zu strafrechtlichen Verleumdungsgesetzen, um Regierungskritiker einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Im Januar wurden die Brüder Victor und Nicholas Sankisa aus der Westprovinz verhaftet, weil sie sich angeblich beleidigend über den Präsidenten geäußert hatten. Die gleiche Anklage wurde im Mai gegen Chilufya Tayali, einen Führer der Economic and Equity Party, erhoben, nachdem er ein Video veröffentlicht hatte, in dem er den Präsidenten beschuldigte, vor den Wahlen Unruhen zu schüren.

Fred Manyaa und Steven Phiri wurden im April wegen Beleidigung des damaligen Präsidenten Lungu zu einer drei- bzw. einjährigen Haftstrafe mit Zwangsarbeit verurteilt. Ihre Verurteilungen bezogen sich auf Vorfälle im März 2018 bzw. März 2019.

Im März erließ der Präsident den Cyber Crimes and Cyber Security Act. Es wurde weithin kritisiert, weil es Bestimmungen enthält, die dazu verwendet werden können, Regierungskritiker ins Visier zu nehmen, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu unterdrücken und die Überwachung des Cyberspace zu ermöglichen. Im April reichten fünf zivilgesellschaftliche Organisationen eine Petition beim Verfassungsgericht ein, in der sie argumentierten, das Gesetz verstoße gegen die in der Verfassung garantierten Menschenrechte.

Der Staatssekretär des Ministeriums für Information und Rundfunk drohte, das Internet vor dem Wahltag abzuschalten. Am Wahltag wurde das Internet teilweise abgeschaltet, und soziale Medien wie Twitter, Facebook, Instagram und WhatsApp waren nicht mehr verfügbar. Organisationen der Zivilgesellschaft legten dagegen Widerspruch ein, und das Oberste Gericht ordnete am 13. August die Wiederherstellung der Internetdienste an.

Journalisten und Medien

Die Behörden griffen weiterhin Radiosender an, die Oppositionspolitiker zu Gast hatten, schüchtern sie ein und schikanierten sie, wobei in einigen Fällen ihr Eigentum beschädigt wurde. Im Februar versuchten Kader der PF, eine Sendung von Liberty Radio zu stören, in der Harry Kalaba, der Vorsitzende der Demokratischen Partei, zu Gast war, und verursachten Sachschäden. Im selben Monat störten sie eine Live-Sendung von Radio Luswepo, in der Harry Kalaba zu Gast war, und beschädigten auch hier das Eigentum des Studios. Im März feuerten sie Tränengas auf das Studio von Radio Chete in Nakonde, weil dort eine Sendung mit dem UPND-Provinzvorsitzenden ausgestrahlt wurde. Im Juni setzten Unbekannte in den frühen Morgenstunden den Radiosender Kalungwishi im Bezirk Chiengi in Brand.

Die Behörden versuchten weiterhin, führende private Medien zu schließen, indem sie die Unabhängige Rundfunkbehörde (Independent Broadcasting Authority - IBA) einsetzten, um sie einzuschüchtern, zu schikanieren und ihnen mit der Schließung zu drohen, weil sie Diskussionen mit Oppositionsparteien veranstalteten, was als "unprofessionelles Verhalten" bezeichnet wurde. Die IBA sprach mehrere Verwarnungen gegen Muvi TV aus, im Mai erhielt der Sender eine letzte Verwarnung.

Im Mai wurden die Journalisten Francis Mwiinga und Nancy Malwele, die über parteiinterne Auseinandersetzungen der PF berichteten, bei einem Angriff von PF-Anhängern verletzt, die auch ihre Ausrüstung beschlagnahmten. Im Juli griffen UPND-Kader den Journalisten Victor Mwila aus dem Bezirk Ikelen'gi an. Die Behörden ersetzten ihm später die Ausrüstung, die ihm von seinen Angreifern abgenommen worden war.

Im August erteilte die IBA dem Fernsehsender Prime Television eine Betriebslizenz, 16 Monate nachdem sie ihm diese aus Gründen des "öffentlichen Interesses" entzogen hatte.

Versammlungsfreiheit

Der ehemalige Polizeibeamte Jeyson Musonda wurde am 2. Juni verhaftet, weil er eine Ein-Mann-Demonstration gegen den Generalinspektor der Polizei und dessen Einsatz von Polizeibeamten zur Misshandlung von Personen organisiert hatte.

Die Polizei drohte Brian Sampa, dem Vorsitzenden der Ärztevereinigung von Sambia (RDAZ), mit Verhaftung, nachdem er am 19. Mai eine Versammlung einberufen hatte, auf der er wegen schlechter Arbeitsbedingungen und Zahlungsrückständen bei den Gehältern und Zulagen der Ärzte zum Streik aufrief. Am 30. Mai, als der Streik begann, verhaftete die Polizei Chikonde Mukula, den Generalsekretär der RDAZ, und klagte ihn der Spionage an. Die Anklage wurde später fallen gelassen, nachdem Aktivisten der Zivilgesellschaft interveniert hatten. Im Juni wurde Brian Sampa vom Gesundheitsministerium entlassen, weil er Ärzte zur Teilnahme an einer einwöchigen Arbeitsniederlegung angestiftet hatte. Im selben Monat drohte der Generalinspekteur der Polizei damit, jeden, der an den Zoom-Sitzungen teilnimmt, auf der Grundlage des neuen Gesetzes über Internetkriminalität zu verhaften.

Im Vorfeld der Wahlen eskalierten die Spannungen und es kam zu gewalttätigen Ausschreitungen sowohl von PF- als auch von UPND-Kadern. Am 5. Juni setzte die Polizei in der Provinz Copperbelt scharfe Munition und Tränengas ein, um unbewaffnete UPND-Anhänger zu vertreiben, die den Konvoi des Parteivorsitzenden Hakainde Hichilema begleiteten. Am 15. Juni setzte die Wahlkommission von Sambia die Wahlkampagnen in den Bezirken Lusaka, Mpulungu, Nakonde und Namwala für 14 Tage aus.

Im Juli wurde ein Ratskandidat der Sozialistischen Partei von Unbekannten ermordet, die anschließend seine Leiche in Brand setzten. Später im selben Monat wurden zwei PF-Jugendliche im Township Kanyama von mutmaßlichen UPND-Anhängern ermordet. Nach dem Tod der beiden Jugendlichen setzte Präsident Lungu die Armee, die Luftwaffe und den Nationalen Dienst ein, um die Polizei bei der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung im Vorfeld der Wahlen zu unterstützen. Am Wahltag wurde der PF-Vorsitzende für die Nordwestprovinz, Jackson Kung'u, ermordet. Seine Mörder wurden verdächtigt, UPND-Kader zu sein. Mehrere andere Personen, die beschuldigt wurden, die Wahlen in Solwezi manipulieren zu wollen, wurden misshandelt und verletzt.

Ungesetzliche Tötungen und Straffreiheit

Im Februar wurde der Polizeibeamte Fanwell Nyundu wegen zweifachen Mordes verhaftet und im November vor Gericht gestellt. Die Anklage bezog sich auf die Tötung von zwei unbewaffneten Demonstranten im Dezember 2020, nachdem die Polizei das Feuer auf UPND-Anhänger eröffnet hatte, die sich aus Solidarität mit Hakainde Hichilema in der Hauptstadt Lusaka versammelt hatten.

Im Juni stellte der Gerichtsmediziner fest, dass die Polizei für die rechtswidrige Tötung des 14-jährigen Frank Mugala verantwortlich war, als dieser im Februar 2020 auf dem Heimweg von der Schule in Lusaka war. Obwohl das Gericht Maßnahmen gegen die Beschuldigten anordnete, war bis Ende des Jahres niemand festgenommen worden.

Recht auf Gesundheit

Die Zambia Medical Association teilte mit, dass zwischen Januar und März 16 Ärzte an Covid-19 starben. Sambia hatte Schwierigkeiten, Covid-19-Impfstoffe zu erhalten, da es weltweit zu Engpässen gekommen war. Dadurch verzögerte sich das Impfprogramm, das schließlich am 14. April begann, nachdem das Land 228.000 Dosen erhalten hatte. Das Gesundheitspersonal an vorderster Front wurde vorrangig geimpft. Die zweite Charge von Impfstoffen traf erst im Juli während der dritten Welle der Pandemie ein.

Diskriminierung

Personen mit Albinismus

Menschen mit Albinismus waren weiterhin gewalttätigen Angriffen und Verstümmelungen ausgesetzt, die auf abergläubische Missverständnisse über Albinismus zurückzuführen waren. Im Juni griffen organisierte Kriminelle, die sich als Polizeibeamte ausgaben, ein Haus im Bezirk Senga an und verstümmelten ein zweijähriges Kind. Im Juli wurde einem neunjährigen Jungen aus dem Bezirk Chasefu von einem Verwandten und einem anderen Mann ein Finger abgehackt. Einer der Männer floh, der andere wurde verhaftet und in Untersuchungshaft genommen.

Sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt

Einem Bericht des sambischen Polizeidienstes zufolge wurden in der ersten Jahreshälfte 4.000 Fälle von geschlechtsspezifischer Gewalt gemeldet, von denen 804 Sexualdelikte waren. Davon wurden 590 an Mädchen begangen, und es gab 576 Fälle von "Schändung", davon 571 an Mädchen und fünf an Jungen.

In einem offenbar politisch motivierten Fall wurde eine Frau in einem Bus auf dem Weg nach Kafue von nicht identifizierten Männern vergewaltigt, die behaupteten, die PF-Regierung zu bestrafen.